



Anhörungen der designierten Kommissionsmitglieder

Anlage zu Frage 5 des Fragebogens

Diese Anlage bezieht sich auf Frage 5 des Fragebogens. Darin führen die parlamentarischen Ausschüsse ihre Prioritäten und Forderungen auf, auf welche die designierten Kommissionsmitglieder bei der Beantwortung der Frage 5 des Fragebogens eingehen sollten.

Einige Ausschüsse haben beschlossen, ihre Prioritäten und Forderungen nicht in dieser Anlage aufzuführen.

Entwicklungsausschuss

- **Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015** und Umsetzung der Millenniumserklärung (insbesondere Rechtsvorschriften und Verpflichtungen in Bezug auf Menschenrechte, verantwortungsvolles Regieren und Rechtsstaatlichkeit) sowie Sicherung eines fortdauernden, dynamischen Engagements für die Entwicklungszusammenarbeit nach 2015 auf der Grundlage der Bewertung der Erfolge und der Schwachstellen der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit
- **Konzentration der Entwicklungspolitik der EU auf Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit und nachhaltige Entwicklung der Entwicklungsländer in den Bereichen Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt**, Förderung eines gesamtheitlichen internationalen politischen Handelns durch die Entwicklungspolitik der EU unter gebührender Berücksichtigung der Standpunkte der Entwicklungsländer und ohne Instrumentalisierung für andere außenpolitische Maßnahmen der EU sowie Durchführung dieser Politik unter demokratischer Kontrolle durch das Parlament und gebührender Achtung der Grundprinzipien und grundlegenden Werte der Europäischen Union (Partnerschaft, Eigenverantwortung, Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit)
- **Anpassung anderer Politikbereiche der EU (z. B. Handel, Fischerei, GAP) an die Ziele der Entwicklungspolitik der EU** auf der Grundlage des Artikels 208 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)
- **Behandlung der Auswirkungen des Klimawandels auf Entwicklungsländer**, einschließlich humanitärer Maßnahmen und Katastrophenvorsorge
- **Bekämpfung der Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf Entwicklungsländer** durch Entwicklungsfinanzierung (einschließlich öffentlicher

Entwicklungshilfe und der Finanzströme aus anderen Quellen) sowie Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Geldströme aus Entwicklungsländern und zur Bekämpfung der Korruption

Ausschuss für internationalen Handel

- **Umsetzung des Vertrags von Lissabon**

Kernpunkte: Würde das designierte Kommissionsmitglied sich für eine interinstitutionelle Vereinbarung einsetzen, die folgendes beinhaltet: (a) die ordnungsgemäße Berücksichtigung der Stellungnahmen des Parlaments, wenn es in einem bestimmten Stadium der Verhandlungen Empfehlungen bezüglich der Führung der Handelsverhandlungen abgibt, (b) die Erstellung und Anwendung eines interinstitutionellen Inventars aller Dokumente, die die Kommission dem in Artikel 207 Absatz 3 AEUV vorgesehenen Sonderausschuss vorlegt, (c) die Anhörung des Parlaments über die Empfehlungen der Kommission für Verhandlungsmandate der EU und andere vorgeschlagene Dokumente im Rahmen von internationalen Handelsverhandlungen, bevor eine endgültige Entscheidung im Rat oder im Sonderausschuss getroffen wird, (d) die Zulassung von Vertretern des EP als Beobachter bei Sitzungen gemeinsamer Ausschüsse, die gemäß den Bestimmungen bilateraler und multilateraler Handelsabkommen vereinbart werden, und (e) die volle Einbeziehung von Vertretern des EP als Mitglieder der offiziellen EU-Delegationen bei Sitzungen der internationalen Handelsorganisationen – einschließlich ihres Zugangs zu und ihrer Beteiligung an den Koordinationstreffen zwischen den Vertretern der EU-Mitgliedstaaten und der Kommission? Wie beabsichtigt das designierte Kommissionsmitglied die derzeitige Antidumping-Verordnung und die derzeitige Subventions-Verordnung an die neuen Artikel 290 AEUV (delegierte Rechtsakte) und 291 AEUV (Durchführungsrechtsakte) anzupassen und wie gedenkt er/sie mit dem Europäischen Parlament hinsichtlich der Bereitstellung von Informationen, der Anhörung und der Überwachung bezüglich der delegierten Rechtsakte und der Durchführungsrechtsakte im Rahmen der internationalen Handelspolitik zusammenzuarbeiten?

- **Welthandelsorganisation und multilaterale Verhandlungen**

Kernpunkt: Wie beabsichtigt das designierte Kommissionsmitglied sich im Allgemeinen Rat der WTO für die Einrichtung einer formelleren Verknüpfung der Parlamentarischen Konferenz zur WTO und dieser intergouvernementalen Organisation einzusetzen?

- **Handelsbeziehungen zu Drittländern**

Kernpunkte: Welche konkreten Entwicklungen stehen nach Meinung des designierten Kommissionsmitglieds in den Handelsbeziehungen der EU mit den Mittelmeerländern, den Ländern Amerikas, Asiens und der östlichen Partnerschaft bevor? Wie beabsichtigt das designierte Kommissionsmitglied, die Kohärenz zwischen der europäischen Handelspolitik und der europäischen Entwicklungspolitik sicherzustellen, damit der Handel zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele beiträgt?

- **Auf Wirtschaftsindikatoren fußende Bewertungskriterien für Wirtschaftspartnerschaftsabkommen**

Kernpunkte: Ist das designierte Kommissionsmitglied für die Festlegung klarer auf Wirtschaftsindikatoren fußender Bewertungskriterien für die einzelnen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), damit es in der Folge möglich ist, in regelmäßig durchgeführten Folgenabschätzungen der einzelnen WPA festzustellen, welche Auswirkungen dieses auf das wirtschaftliche Wachstum, die nachhaltige Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt des betreffenden AKP-Staates bzw. der betreffenden AKP-Staaten gehabt hat? Kann das designierte Kommissionsmitglied in diesem Zusammenhang angeben, welche Indikatoren er/sie gerne in die Folgenabschätzungen der WPA einbezogen sähe?

- **Horizontale Themen: Handelsschutzinstrumente und Verteidigung der Werte der Union**

Kernpunkte: Tritt das designierte Kommissionsmitglied für eine Reform der Handelsschutzinstrumente ein, und falls ja, in welche Sinn? In welcher Weise gedenkt das designierte Kommissionsmitglied bei der Festlegung der Handelspolitik der EU die Verteidigung der Grundwerte der Union, wie die Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundfreiheiten, Umweltschutz, und die Verteidigung der IAO-Standards und der sozialen Standards sicherzustellen?

Haushaltskontrollausschuss

- **Zukunft von OLAF**

Kernpunkte: Wie sieht das designierte Kommissionsmitglied vor dem Hintergrund der jüngsten Äußerungen von Präsident Barroso sowie im Hinblick auf die Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft die Zukunft von OLAF? In welcher Weise beabsichtigt das designierte Kommissionsmitglied, einen Vorschlag für einen Beschluss über die neue OLAF-Verordnung auszuarbeiten, der für eine Reform unerlässlich ist?

- **Überarbeitung des Verhaltenskodex für die Kommissionsmitglieder**

Kernpunkte: Befürwortet das designierte Kommissionsmitglied die Revision des derzeitigen Verhaltenskodex? Wird sich das designierte Kommissionsmitglied dafür einsetzen, bestehende Unzulänglichkeiten zu beseitigen, wie etwa die fehlende Definition des Begriffs „Interessenkonflikt“, die fehlende Regelung, was im Fall eines Interessenskonflikts zu tun ist, sowie die mangelnde Klarheit in Bezug auf die Annahme von Geschenken und Zuwendungen? Wird das designierte Kommissionsmitglied dafür Sorge tragen, dass die überarbeitete Fassung des Verhaltenskodex bis Juni 2010 verabschiedet werden kann?

- **Nationale Verwaltungserklärungen** als integrierter Teil eines wirksamen internen Kontrollrahmens der Gemeinschaft, der darauf abzielt, die Verwaltung und Kontrolle der EU-Mittel in den Mitgliedstaaten mit Blick auf eine positive Zuverlässigkeitserklärung zu verbessern

- **Kontrolle der Mittelverwendung im Bereich der GASP:** Sicherstellung, dass die Kontrolle der Mittelverwendung im Bereich der GASP sowie alle Aspekte im Zusammenhang mit der Ausführung des Haushalts des Europäischen Auswärtigen Diensts

gemäß dem neuen Vertrag umfassend und ordnungsgemäß von der Entlastungsbehörde überwacht werden.

- **Verbesserung und Vereinfachung der Haushaltsordnung und der Finanzvorschriften**
Kernpunkt: Welche Auffassung vertritt das designierte Kommissionsmitglied in Bezug auf eine weitere Verbesserung und Vereinfachung der Haushaltsordnung und der Finanzvorschriften, wie sie unter anderem für die Strukturfonds gelten?
- **Veröffentlichung der Empfänger von EU-Mitteln jedweder Art**
Kernpunkt: Was hält das designierte Kommissionsmitglied davon, die Transparenz zu erhöhen, indem in einer zentralen, leicht zugänglichen und nutzerfreundlichen Datenbank eine Liste aller Empfänger von EU-Mitteln jedweder Art veröffentlicht wird?

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Finanzdienstleistungen

- **Vorlage eines Vorschlags für eine voll entwickelte Stabilitätspolitik** im Interesse eines reibungslos funktionierenden Regulierungs- und Aufsichtsrahmens, einschließlich grenzüberschreitender Streitbeilegungsmechanismen und eines wirksamen Kapitalmanagements, der bis Ende 2011 alternative Regelungen für die Aufsicht über Finanzgruppen (wie etwa „Gruppenunterstützung“ und „Auslaufpläne“) sowie Gesetzgebungsvorschläge für eine Angleichung des Anlegerschutzes bei Kleinanlegerprodukten umfassen könnte; ferner Vorlage eines Vorschlags für die Schaffung eines wirksamen institutionellen Rahmens für die mikro- und makroprudentielle Aufsicht über große, grenzüberschreitend tätige Finanzinstitute, einschließlich Kompensations- und Sicherungssystemen, sowie eine legislative Reaktion der Kommission auf die Forderung des Parlaments nach einer Europäischen Initiative zur Entwicklung von Kleinstkrediten (bis Ende 2010)
- **Vorlage einer legislativen Initiative zu dem Markt nachgelagerten Infrastrukturen** zwecks Beseitigung der verbleibenden Giovanni-Hindernisse, Erhöhung der Transparenz, Reduzierung der Kosten und Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit der EU gegenüber dem Rest der Welt bei gleichzeitiger Verringerung der systemischen Risiken (bis Anfang 2011)
- **Rechnungslegung:** Ausarbeitung von Lösungen im Zusammenhang mit der gegenseitigen Zusammenarbeit EU-USA (die US-Börsenaufsicht SEC wird voraussichtlich bis spätestens Juni 2011 – dieses Datum wurde von der G20 genannt – über die Anwendung der International Financial Reporting Standards (IFRS) durch inländische US-Emittenten entscheiden) und im Hinblick auf eine verstärkte Rechenschaftspflicht des International Accounting Standards Board (IASB) (eigenständige und ausreichende Finanzierung bis 2010; Überarbeitung der Satzung, um den IASB zu verpflichten, die im Laufe der Konsultationen im Jahr 2010 eingeholten Empfehlungen zu befolgen; offenes und transparentes Verfahren unter voller Einbeziehung des EP, was die Ernennung des Nachfolgers von David Tweedie betrifft – 2011)

- **Vorlage eines Legislativvorschlags für die vollständige Umsetzung des Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA) bis Ende 2012**

Wirtschaft und Finanzen

- **Vorlage eines Vorschlags für eine stärkere globale wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine einheitliche Vertretung der EU-Positionen**, insbesondere im Hinblick auf den Vertrag von Lissabon und die externe Vertretung der Eurogruppe auf internationalen Wirtschaftsforen, einschließlich einer verstärkten Vorbereitung und Vertretung von EU-Positionen
- **Festlegung klarer Ziele für die Entwicklung, Verwirklichung und Durchsetzung einer Post-Lissabon-Strategie** (Strategie für Wachstum und Beschäftigung, 2010-2020); vorrangige Behandlung von Wachstum, nachhaltigen Finanzen, Beschäftigung, sozialer Eingliederung, Wettbewerbsfähigkeit und Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels; Förderung der „grünen“ Wirtschaft und Schaffung der Grundlagen für ein kohlenstoffarmes und ressourceneffizientes Wachstum mit verringerter Abhängigkeit von volatilen Energie- und Rohstoffimporten; ferner Stellungnahme zu der Frage, wie im Einklang mit den Bestimmungen des Vertrags von Lissabon eine rechtzeitige Einbeziehung des EP gewährleistet werden kann und welche Instrumente für die Durchsetzung der Post-Lissabon-Strategie am wirksamsten sind (während der Amtszeit der Kommission und darüber hinaus)
- **Ausarbeitung einer Strategie für eine effektive Umsetzung, Durchsetzung und transparente Entwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspakts** sowie von Vorschlägen für eine stärkere Beteiligung des Parlaments; Vorlage von Vorschlägen zur Koordinierung von Rückzugsstrategien, insbesondere im Hinblick auf Möglichkeiten zur Entwicklung von Krisenmanagementfähigkeiten der EU und zur Koordinierung von Krisenreaktionsmaßnahmen auf EU-Ebene
- **Ausarbeitung einer Strategie für eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Entscheidungsverfahren und der Zusammenarbeit im Euro-Raum** auf der Grundlage der Instrumente des Vertrags von Lissabon (2010-2013) sowie einer Strategie für eine effektive und nachhaltige Erweiterung des Euro-Raums und für die Beziehungen mit den Ländern, die nicht dem Euro-Raum angehören; Vorlage von Vorschlägen zur Stärkung der Rolle des Euro als internationaler Währung
- **Was hält das designierte Kommissionsmitglied von einem Vorschlag für eine rechtliche Rahmenregelung oder einen spezifischen Rechtsakt über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse?**

Steuerfragen

- **Vorlage eines Zeitplans für die Reform der Energiesteuerrichtlinie** und Entwicklung eines gemeinsamen strategischen Ansatzes bei den Umweltsteuern, um zum Beispiel zu gewährleisten, dass Wirtschaftssektoren wie etwa die Landwirtschaft, die Transportbranche oder die Energiewirtschaft nachhaltig wirtschaften

- **Vorlage eines Zeitplans für die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)** sowie Ausarbeitung einer Strategie zur Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs durch Schaffung der GKKB und Prüfung, ob die Steuersätze innerhalb einer bestimmten Bandbreite koordiniert werden können
- **Vorlage eines Plans für die Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Steuerbetrugs und zur Verbesserung des Verwaltungshandelns im Steuerbereich** sowie Weiterverfolgung der Doppelbesteuerungsproblematik (siehe Petition Nr. 666/2008); in diesem Zusammenhang Vorlage von Vorschlägen für entschlossene Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung von Steueroasen; ferner Prüfung, ob und in welcher Weise eine Finanztransaktionssteuer in der EU und auf internationaler Ebene funktionieren könnte und welche Finanzakteure von einer solchen Steuer erfasst wären; Ausarbeitung eines geeigneten Vorschlags

Wettbewerb

- **Schaffung eines robusten Regelungsrahmens für Fälle, in denen staatliche Beihilfen und entsprechende Ausgleichsmaßnahmen erlaubt sind**, und zwar im Hinblick auf die Sicherstellung der Finanzmarktstabilität (2010-2011); Vorlage von Vorschlägen für eine umfassende Analyse der Folgen, die sich daraus ergeben, dass es Mitgliedstaaten erlaubt wird, zeitweilige Maßnahmen zur Unterstützung angeschlagener Wirtschaftszweige zu ergreifen (2010-2011)
- **Stellungnahme und Verbesserungsvorschläge in Bezug auf die Trennung der legislativen, exekutiven und investigativen Befugnisse der GD Wettbewerb**, um die Übereinstimmung der Wettbewerbsvorschriften mit anderen Politikbereichen (wie Finanzstabilität, Beschäftigung und Industriepolitik) zu gewährleisten; in diesem Zusammenhang Prüfung, ob es zweckmäßig wäre, ein unabhängiges „Europäisches Kartellamt“ einzurichten, das für die Durchsetzung der Fusions- und Wettbewerbsvorschriften zuständig wäre

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

- **Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit in der EU**
- **Förderung der sozialen Eingliederung besonders schutzbedürftiger Personengruppen und Behandlung des Problems der wachsenden Armut in der EU**
- **Berücksichtigung neuer Arbeitsformen**, einschließlich atypischer Arbeitsverhältnisse, in der EU-Politik
- **Verbesserung der Umsetzung der Rechtsvorschriften der EU und Vorlage von Vorschlägen für das weitere Vorgehen in Bezug auf die verschiedenen Richtlinienvorschläge, die gegenwärtig, insbesondere im Rat, blockiert sind**

- **Förderung und Einbeziehung der externen Dimension der Sozialpolitik, einschließlich der sozialen Verantwortung der Unternehmen (Corporate Social Responsibility - CSR)**

Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit

Umwelt

- **Vorbereitung des 7. Umweltaktionsprogramms**
- **Sicherstellung einer besseren Umsetzung/Anwendung des EU-Rechts** in der gesamten Union und Verhinderung der Verwässerung der Umweltziele vor dem Hintergrund der finanziellen Krise:
 - Umsetzung von REACH,
 - Ermittlung von gefährdeten Wasserressourcen und Maßnahmen gegen diese Gefährdung im Rahmen der allgemeinen Wasserstrategie.
- **Anpassung des Regelungsrahmens zur Gewährleistung einer gezielten Kontrolle der Gefahren durch Nanomaterialien**
- **Biodiversität** - erforderliche Maßnahmen, um dem Verlust an Biodiversität Einhalt zu gebieten und Einbeziehung der Biodiversität-Ziele in andere EU-Politikbereiche
- **Klarstellung, Vereinfachung und Mitfinanzierung durch die Gemeinschaft des Managements und der Umsetzung von Natura 2000**
- Überarbeitung der NEC-Richtlinie (Richtlinie 2001/81/EG über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe)

Klimawandel

- **Ehrgeiziges internationales Übereinkommen im Einklang mit dem Zweistufenziel** als Grundlage für die Erhöhung der Emissionsreduzierung innerhalb der EU von 20 auf 30%, Überarbeitung des Handelssystems für Treibhausgasemissionsrechte und die Lastenteilungsentscheidungen
- **Langfristige Ziele für Klima- und Energiepolitik:** integrierte Aktionen, um das Ziel einer Absenkung der Emissionen um 80 - 95% bis zum Jahr 2050 zu erreichen; legislative Maßnahmen, die die volle Auswirkung der Emissionen des Flugverkehrs auf das Klima berücksichtigen, insbesondere betreffend NOx-Emissionen; Leistungsstandards bezüglich CO₂-Emissionen von Kraftwerken
- **Maßnahmen zur Überwachung der Umsetzung/Anwendung der Rechtsvorschriften bezüglich des Klimawandels**, um sicherzustellen, dass die Umweltziele im Zusammenhang mit der aktuellen Finanzkrise nicht verwässert werden, und zur Umsetzung des Klimaschutzpakets, insbesondere hinsichtlich der finanziellen Ressourcen und Lastenteilung

Nahrungsmittelsicherheit

- **Besondere Vorschriften bezüglich Nahrungsmittel von geklonten Tieren und ihren Nachkommen** und ihre konkrete Anwendung im Rahmen der Kontrolle von Einfuhren
- **Rechtsvorschriften über Materialien mit Lebensmittelkontakt**
- **Verringerung des Verwaltungsaufwands der KMU des Nahrungsmittelsektors** und Stärkung der Kapazitäten für die Risikobewertung

Gesundheit

- **Zusammenhang zwischen Gesundheit und Umwelt** – Sicherstellung von Kohärenz zwischen den Politikbereichen der EU
- **Auswirkungen und Folgen der demographischen Herausforderung** (angesichts des höheren Alters der Bevölkerung) für die öffentliche Gesundheit und die Gesundheitssysteme in Europa
- **Maßnahmen zur Verbesserung der Unabhängigkeit von Patientengruppen** einschließlich hinsichtlich ihrer Finanzierung
- **Legislativmaßnahmen bezüglich der Innenraumluftqualität**
- **Legislativmaßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer vor Tabakrauch in ihrem Umfeld** und zur Aktualisierung der Richtlinie über die Kennzeichnung von Tabakerzeugnissen

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Industrie

- **Maßnahmen zugunsten von KMU, die es diesen erleichtern sollen, europäische Rechtsvorschriften einzuhalten** und Zugang zu Finanzmitteln zu erhalten, um die Finanzierungslücken zu überbrücken, mit denen die Unternehmen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise noch immer zu kämpfen haben
- **Engagement der Kommission für Industrie und KMU im Rahmen einer echten Partnerschaft zur Förderung von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen Bereich und Privatunternehmen**
- **Stärkung der Auswirkungen von EIB-Investitionen in den Bereichen industrielle Innovation und saubere Technologie** durch Garantien der EIB für Darlehen regionaler Banken

- **Initiativen der Kommission zur Verhinderung eines weiteren Verlustes von Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industriesektoren, die dem Emissionshandelssystem unterliegen**
- **Integrierte und wettbewerbsfähige Industriepolitik:**
 - Vorschläge der Kommission im Rahmen der Strategie nach Lissabon und weitere Schritte, die die Europäische Union unternehmen muss, um die industrielle Kapazität wiederanzukurbeln, Innovation zu fördern und ökologische Produktionsverfahren stärker zu entwickeln
 - Einbeziehung des Europäischen Parlaments in diesen Prozess

Informationsgesellschaft

- **Konkrete Aktionen zur Vollendung des einheitlichen Binnenmarkts für Telekommunikation:** Aktionsplan der Kommission insbesondere bezüglich Fragen des Roamings im Mobiltelefonbereich und Entwicklung fortschrittlicher Netze der „nächsten Generation“
- **Notwendigkeit einer Legislativinitiative zur Netzneutralität**
- **Geistiges Eigentum, Privatsphäre und Sicherheit:**
 - neue durch das Worldwide Web und die globale Informationsgesellschaft gegebene Möglichkeiten wie die Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitsbereich, in Bildung und größeren Infrastrukturen
 - die Strategie nach i2010 bei der Verfolgung des Ziels, Europa zu einer echten Informationsgesellschaft zu machen
- **Digitale Gesellschaft:**
 - "Frequenzagenda" und Umsetzungsmaßnahmen
 - Koordination und effiziente Zuteilung der „digitalen Dividende“ in der Union
 - Entwicklung eines einheitlichen Frequenzmarktes
- **Überarbeitung der Grundversorgungsverpflichtung:** Vorschläge der Bereitstellung von Breitband für alle ohne Verzerrung des Marktes oder hohe Gebühren für Nutzer und Betreiber von Telekommunikationsdiensten

Forschung

- **Kernpunkte des „Innovationsrechtsakts“**, der noch vor dem Frühjahr 2010 auf den Weg gebracht werden soll:
 - Umsetzung
 - Bekämpfung des Klimawandels ohne Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie auf dem Weltmarkt
- **Umsetzung des 7. Rahmenprogramms:**

- Vorschläge zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands und Verbesserung des zusätzlichen Nutzens
- Struktur und Weiterentwicklung des 7. Forschungsrahmenprogramms

Energie

- **Effiziente Anwendung bestehender EU-Rechtsvorschriften im Bereich Energie** (Richtlinie über erneuerbare Energie, Richtlinie über Energiedienstleistungen, Richtlinie über den Strommarkt) und stärkere Einbeziehung des Parlaments bei der Weiterverfolgung der Umsetzung dieser Rechtsvorschriften, insbesondere mit Blick auf den Elektrizitäts-Binnenmarkt der EU
- **Kernpunkte für die Kommission beim künftigen Energie-Aktionsplan für 2010-2014** und notwendige finanzielle Unterstützung (möglicherweise in der Form eines Sonderfonds) für die Entwicklung eines neuen Energieeffizienz-Aktionsplans
- **Maßnahmen zur Absenkung der CO₂-Emissionsniveaus und des Energieverbrauchs**, u. a.
 - Förderung weiterer Investitionen in erneuerbare Energie
 - Energie mit geringem Kohlenstoffausstoß, Windenergie, intelligente Netze, Atomenergie und Energieeffizienz
- **Liberalisierung des Gas- und Energiesektors:** Überwachung der Durchführung in den Mitgliedstaaten
- **Energiekrise:** Maßnahmen zur Sicherstellung einer optimalen Energiesolidarität zwischen den Mitgliedstaaten

Weltraum

- **Umfassende Inanspruchnahme der neuen EU-Zuständigkeiten nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon**
- **Prioritäten des designierten Kommissionsmitglieds bei der künftigen Weltraumpolitik**
- **Effiziente und transparente Umsetzung und Strukturierung des Programms Galileo**

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

- **Umsetzung der Binnenmarktgesetzgebung**
Kernpunkte: Wie wird das designierte Kommissionsmitglied eine bessere Umsetzung und Durchsetzung der Gemeinschaftsgesetzgebung gewährleisten und die Mitgliedstaaten dazu ermutigen, die Zusammenarbeit der nationalen, regionalen und lokalen Behörden zu verbessern, die an der Anwendung der Binnenmarktvorschriften mitwirken? Wie können das Parlament und die Kommission besser zusammenarbeiten, um die Umsetzung von Richtlinien zu verbessern, und zwar insbesondere in folgenden Bereichen: Dienstleistungen

im Binnenmarkt, gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen, neuer Rechtsrahmen für Waren sowie verbraucherrelevante Richtlinien, wie etwa die Richtlinien über Verbraucherkredite, Spielwaren und Teilzeitwohnungsrechte?

- **Bessere Rechtsetzung**

Kernpunkte: Was gedenkt das designierte Kommissionsmitglied zu tun, um eine bessere Rechtsetzung auf EU-Ebene zu fördern, insbesondere durch Folgenabschätzungen, Vereinfachung, Verringerung der bürokratischen Belastung und Überarbeitung des gemeinschaftlichen Besitzstands? Was schlägt das designierte Kommissionsmitglied vor, um die prälegislativen und legislativen Planungsprozesse zu verbessern und eine stärkere Einbeziehung der parlamentarischen Ausschüsse zu gewährleisten? Ist das designierte Kommissionsmitglied bereit, den Ausschüssen Folgenabschätzungsberichte vorzulegen?

- **Freier Warenverkehr – Produktsicherheit**

Kernpunkt: Was schlägt das designierte Kommissionsmitglied vor, um die bestehenden Unzulänglichkeiten beim CE-Zeichen, bei der Marktüberwachung und bei den Normungssystemen zu beheben und das Vertrauen der Verbraucher zu steigern?

- **Stärkung der Verbraucherrechte**

Kernpunkte: In welchen Bereichen hält das designierte Kommissionsmitglied eine Stärkung des Verbraucherschutzes für erforderlich und wo würde er/sie dabei seine/ihre Prioritäten setzen? In welcher Weise gedenkt das designierte Kommissionsmitglied auf die Herausforderungen einzugehen, denen der Verbraucherschutz aufgrund der Verwendung des Internets und der Fragmentierung des Binnenmarkts durch den elektronischen Handel gegenübersteht?

- **Öffentliches Beschaffungswesen**

Kernpunkte: Was schlägt das designierte Kommissionsmitglied vor, um in diesen Zeiten der Wirtschaftskrise den nationalen Protektionismus bei öffentlichen Beschaffungen zu bekämpfen, innovative Praktiken (einschließlich elektronischer Ausschreibungen) zu fördern und den Zugang von KMU zu öffentlichen Ausschreibungen zu verbessern? Was gedenkt das designierte Kommissionsmitglied zu tun, um bestehende Gesetzeslücken zu schließen und die in der Praxis geltenden Regeln klarzustellen, und zwar in Bezug auf neue Ausschreibungspraktiken, wie die Einführung ökologischer oder sozialer Kriterien, und das Problem zwingender und potentiell diskriminierender Kriterien? Befürwortet das designierte Kommissionsmitglied eine eigenständige und einheitliche rechtliche Regelung für den Bereich der Konzessionen?

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

- **TEN-V-Finanzierung** und die Notwendigkeit, angemessene Investitionen zu gewährleisten, sowie Überarbeitung der TEN-V-Leitlinien
- **Nachhaltiger Verkehr** und der Beitrag aller Verkehrsträger zur Bekämpfung des Klimawandels, insbesondere in den Bereichen Internalisierung der externen Kosten und innerstädtische Mobilität

- **Umsetzung der bestehenden Rechtsvorschriften betreffend die Fahrgastrechte bei allen Verkehrsträgern**, einschließlich der Rechte von Personen mit eingeschränkter Mobilität, und Liberalisierung des Eisenbahnmarktes
- **Fortschritte im Bereich der Sicherheit in der Luftfahrt** und die Notwendigkeit, ein hohes Maß an Sicherheit mit möglichst geringen Unannehmlichkeiten und Kosten in Einklang zu bringen
- **Verringerung der Verkehrstoten auf den Straßen und neue und effiziente Initiativen für die Straßenverkehrssicherheit**

Ausschuss für regionale Entwicklung

- **Die prälegislative Debatte über die Kohäsionspolitik nach 2013**
Kernpunkte: Welche Ansichten vertritt das designierte Kommissionsmitglied zum Regieren auf mehreren Ebenen („Multilevel Governance“), zum Ziel 2, zur Zusätzlichkeit und zur Renationalisierung von Teilen der derzeitigen Kohäsionspolitik der EU? Ist das designierte Kommissionsmitglied der Auffassung, dass es seine Aufgabe ist, die Interessen der Regionen in der Kommission zu vertreten und sicherzustellen, dass die GD REGIO ihren horizontalen Verantwortungen gerecht wird, die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips gewährleistet wird und die Auswirkungen der künftigen Rechtsvorschriften auf die Regionen überwacht werden?
- **Die vor kurzem vorgelegten Vorschläge zur Vereinfachung der Vorschriften für den Einsatz der Strukturfonds**
Kernpunkte: Welche Haltung nimmt das designierte Kommissionsmitglied genau zu dem Gleichgewicht zwischen Vereinfachung und angemessener Kontrolle der Strukturfonds sowohl in der nahen Zukunft als auch für die Zeit nach 2013 ein? Wie lautet sein Vorschlag für die Gewährleistung des integrierten, ortsbezogenen Ansatzes für die Programmplanung und Verwaltung der Kohäsionspolitik? Welche Ansicht vertritt es zur Sektorsierung des Haushalts und der Politikbereiche der EU?
- **Besseres Zusammenspiel zwischen der künftigen Kohäsionspolitik und den wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Förderung des nachhaltigen Wachstums, von Innovation und Beschäftigung sowie zur Bekämpfung des Klimawandels, insbesondere unter Berücksichtigung der Klimakonferenz von Kopenhagen und der Verpflichtungen der EU in diesem Bereich**
Kernpunkte: Welche Vorschläge hält das designierte Kommissionsmitglied für geeignet, um alle bereits in den strategischen Leitlinien für den derzeitigen Programmplanungszeitraum vorgeschlagenen Maßnahmen weiterzuentwickeln (d.h. Zweckbindung und Ähnliches)?
- **Governance, Partnerschaft und bewährte Verfahren in der Kohäsionspolitik stehen für den Ausschuss seit langem im Mittelpunkt des Interesses. Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass es zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten Unterschiede in Bezug auf die Intensität der Partnerschaft in den Begleitausschüssen gibt.**

Kernpunkte: Wie beabsichtigt das designierte Kommissionsmitglied, die Konzepte der Partnerschaft und der bewährten Verfahren im derzeitigen Durchführungszeitraum und nach 2013 weiterzuentwickeln? Wie beurteilt es die praktische Umsetzung des Regierens auf mehreren Ebenen in der neuen Kohäsionspolitik nach 2013?

- **Das neue Konzept des territorialen Zusammenhalts**

Kernpunkte: Welche Vorstellungen hat das Kommissionsmitglied in Bezug auf die praktische Umsetzung des neuen Konzepts des territorialen Zusammenhalts? Wie wird dieses Konzept seiner Einschätzung nach die künftige Kohäsionspolitik beeinflussen? Wie wird es die Umsetzung der territorialen Dimension der Kohäsionspolitik nach 2013 gewährleisten? Was schlägt es vor, um die derzeitige Beschneidung der Kohäsionspolitik im Zusammenhang mit der Trennung der Strukturfonds und des Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums anzugehen?

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

- **GAP nach 2013**

Kernpunkte: Welche Art der GAP können wir vom designierten Kommissionsmitglied für die Zeit nach 2013 erwarten? Würde sich das designierte Kommissionsmitglied darum bemühen, eine auf zwei Säulen basierende Struktur der GAP beizubehalten oder würde er/sie es in Betracht ziehen, einzelne Aspekte der ländlichen Entwicklung mit der regionalen Entwicklung zu kombinieren?

- **Finanzierungsregelungen für die GAP**

Kernpunkte: Welche Art der Finanzierungsregelungen plant das designierte Kommissionsmitglied für lange die künftige GAP bezüglich

- Anteil des EU-Haushalts für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung,
- Anteil der Kofinanzierung der GAP durch die Mitgliedstaaten oder einer Renationalisierung von Teilen der GAP?

- **Vertrag von Lissabon und die Rolle des Parlaments als Mitgesetzgeber**

Kernpunkte: Wie wird das designierte Kommissionsmitglied, nachdem nun der Vertrag von Lissabon ratifiziert ist, sicherstellen, dass die Dienstbereiche, für den sie/er verantwortlich ist, sich der Tatsache anpassen, dass das Parlament gemäß den neuen Mitbestimmungsregelungen als Mitgesetzgeber auftritt, und wie legt sie/er den Artikel 43 Absatz 3 des Vertrags aus, worin es heißt: „Der Rat erlässt auf Vorschlag der Kommission die Maßnahmen zur Festsetzung der Preise, der Abschöpfungen, der Beihilfen und der mengenmäßigen Beschränkungen [...]“?

Fischereiausschuss

Der Fischereiausschuss möchte, dass das für die gemeinsame Fischereipolitik zuständige Kommissionsmitglied sich ausdrücklich und eindeutig zu Folgendem verpflichtet:

- **strenge Auslegung in den Vorschlägen der Kommission der Ausnahme zum üblichen Legislativverfahren**, die in Artikel 43 Absatz 3 des Vertrags von Lissabon betreffend die Maßnahmen zur Festsetzung und Aufteilung der Fangmöglichkeiten in der Fischerei enthalten ist, in dem Sinne, dass Gesamtfangmengen (TAC) und Quoten beschränkt und alle andere Arten von Maßnahmen wie Einschränkung des Fischereiaufwands, technische Maßnahmen oder Umsetzung in Gemeinschaftsrecht von Empfehlungen der regionalen Fischereiorganisationen davon ausgenommen sind;
- **vernünftiger Gebrauch in den Vorschlägen der Kommission im Bereich der GFP von der Möglichkeit der Übertragung von Befugnissen an die Kommission (Artikel 290 Absatz 1 AEUV) oder der Übertragung von Durchführungsbefugnissen an die Kommission (Artikel 291 Absatz 2 AEUV)** – im Sinne einer strikten Begrenzung auf die im Vertrag vorgesehenen Bedingungen für die Anwendung solcher Verfahren und unter ordnungsgemäßer Wahrung der Befugnisse und Rechte des Parlaments;
- **korrekte Anwendung von Artikel 218 Absatz 10 AEUV betreffend die Verpflichtung der unverzüglichen und umfassenden Unterrichtung des Europäischen Parlaments in allen Phasen des Verfahrens** auf den Abschluss von internationalen Abkommen im Bereich der GFP, und zwar von der Vorlage eines Vorschlags an den Rat zur Genehmigung der Aufnahme von Verhandlungen bis hin zum Abschluss und der Umsetzung solcher Abkommen einschließlich der Unterrichtung über alle dem Rat und seinen Arbeitsgruppen unterbreiteten Arbeitspapieren und anderer einschlägiger Dokumente;
- **Zulassung von Vertretern des EP (MdEPs und/oder Personal) als Beobachter zu Sitzungen der gemeinsamen Ausschüsse**, wie dies in den Bestimmungen der bilateralen Partnerschaftsabkommen für die Fischerei vereinbart ist;
- **volle Einbeziehung von Vertretern des EP (MdEPs und/oder Personal) als Mitglieder der offiziellen EU-Delegationen bei Sitzungen der regionalen Fischereiorganisationen** einschließlich deren Zugang zu und Beteiligung an den sogenannten Koordinierungssitzungen der Gemeinschaft mit Vertretern der Mitgliedstaaten und der Kommission.

Rechtsausschuss

- **Vorlage der bereits vom Parlament auf der Grundlage von Artikel 192 EG-Vertrag im Bereich des Zivil- und Handelsrechts angeforderten Legislativvorschläge während des ersten Halbjahres 2010:** Vierzehnte Gesellschaftsrechtsrichtlinie über die grenzüberschreitende Verlegung des satzungsmäßigen Sitzes von Kapitalgesellschaften - 2008/2196(INI); E-Justiz - 2008/2125(INI); Rechtsschutz von Erwachsenen: grenzübergreifende Auswirkungen (Sorgerecht) - 2008/2123(INI); Europäische öffentliche Urkunde - 2008/2124(INI); und Verjährungsfristen in grenzüberschreitenden Streitigkeiten aufgrund von Verletzungen und tödlichen Unfällen - 2006/2014(INI)
- **Annahme eines Gemeinsamen Referenzrahmens zum Vertragsrecht durch ein demokratisch legitimes Verfahren während dieser Wahlperiode**, auf die seine

Bestätigung als ein optionales Rechtsinstrument folgen muss, was kurzfristig auch die Übersetzung in alle Sprachen des wissenschaftlichen GRR bedeutet

- **Dringende Vorlage einer detaillierten und vollständigen Strategie für die Rechte des geistigen Eigentums mit einem präzisen Legislativprogramm**
- **Maßnahmen zur Verstärkung der Unabhängigkeit von Folgenabschätzungen und zur besseren Einhaltung des Gemeinschaftsrechts**
- **Sofortige Vorlage eines Vorschlags für die verstärkte Zusammenarbeit in Bezug auf den Vorschlag über „das in Ehesachen anwendbare Recht“ (Rom III)**
- **Konkrete Maßnahmen und angemessene Finanzierung der Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten**
- **Angleichung des gemeinschaftlichen Besitzstands an die Bestimmungen des Vertrags von Lissabon über delegierte Rechtsakte**

Ausschuss für konstitutionelle Fragen

- **Eine Vision für die Zukunft der Europäischen Integration im Lichte der aktuellen Entwicklungen sowie eine umfassende Bewertung des Prozesses der Umsetzung des Vertrags von Lissabon** – diese umfasst, was am wichtigsten ist, alle Maßnahmen zur Stärkung des Europäischen Parlaments, darunter der erweiterte Anwendungsbereich der Mitentscheidung, die geteilten Befugnisse bei der Kontrolle von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten (Komitologie), das Verfahren der Bürgerinitiative, der Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention und die „Brückenklauseln“.
- **Weiterbehandlung der Stellungnahme des Parlaments zur EU-Außenpolitik und zur Ausübung der Kontrolle über den Europäischen Auswärtigen Dienst**, wie in der Entschließung zu den verfassungsrechtlichen Aspekten des Aufbaus des Europäischen Auswärtigen Dienstes ausgeführt wird
- **Ordnungsgemäße Unterrichtung der europäischen Bürger** über Europäische Angelegenheiten, um deren Teilnahme am europäischen Integrationsprozess zu fördern und die Offenheit und Transparenz der EU zu verbessern
- **Umsetzung des Stockholm-Programms**, mit Schwerpunkt auf dem Schutz der Grundrechte
- **Prüfung von Änderungen am Wahlrecht als mögliches Mittel zur Erhöhung der Legitimität des Parlaments; Prüfung von Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen**

Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

- **Zukünftige Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter im Zeitraum 2011-2015** gemäß dem aktuellen Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern (2006-2010), die neue Herausforderungen, wie die Wirtschafts- und Finanzkrise, nachhaltige Entwicklung, die alternde Gesellschaft und Migration berücksichtigen sollte
- **Maßnahmen zur Stärkung der systematischen Umsetzung und Kontrolle des Gender Mainstreaming in Rechtsetzungs-, Haushalts- und anderen wichtigen Verfahren**, wie der Lissabon-Strategie, und in Programmen und Projekten zur Schaffung von Arbeitsplätzen
- **Weitere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben, Maßnahmen zur Verwirklichung der gleichen wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen und Männern sowie insbesondere Vorschläge zur Behandlung des Problems des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und zum Vaterschaftsurlaub**, um deren Vorlage das Parlament die Kommission ersucht hat
- **Maßnahmen zur Beseitigung der Gewalt gegenüber Frauen und zur Bekämpfung des Frauenhandels**, einschließlich der Annahme von Präventions- und Schutzmaßnahmen und der Verbesserung der Unterstützung, die den Opfern gewährt wird
- **Weiterentwicklung der Integrations- und Migrationspolitik aus geschlechterspezifischer Sicht**, um zu gewährleisten, dass die speziellen Bedürfnisse von Migrantinnen berücksichtigt werden

Petitionsausschuss

- **Verbesserung des Vertragsverletzungsverfahrens**
Kernpunkte: Welche Vorschläge hat das designierte Mitglied der Kommission für die Verbesserung des Vertragsverletzungsverfahrens bezüglich der Mitgliedstaaten, die die Rechtsvorschriften der EU missachten? Wie können bei einem solchen Verfahren die Anliegen der europäischen Bürger besser berücksichtigt werden?
- **Bürgerinitiative**
Kernpunkte: Wie könnte nach Ansicht des designierten Mitglieds der Kommission der Petitionsausschuss in das Verfahren der Bürger einbezogen werden, und welche Unterschiede bestehen seiner Ansicht nach zwischen dem Petitionsrecht und der Bürgerinitiative?